



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Handelspolitik unsers Jahrhunderts

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

den Mund voraussichtlich ordentlich aufthun, und das ist, da sie offenbar im Rechte sind, für die staatliche Autorität nicht gut.

Was aus diesem Sonntagsgesetze noch werden wird, wer kann das sagen! Man kann es, ohne auf Interessen, die verletzt worden sind, Rücksicht zu nehmen, durchdrücken, man kann auch zurückweichen und soviel Ausnahmen gestatten, daß das Gesetz wirkungslos wird. Daß für die Befreiung des Sonntags von der Arbeit etwas geschieht, ist gewiß löblich, ebenso, daß man sich der Angestellten annimmt, die den unbilligen Anforderungen ihrer Arbeitgeber gegenüber nicht aufkommen können. Ob aber die Art, wie man die Sache in die Hand genommen hat, und wie man beide Angelegenheiten mit einander verquickt hat, richtig ist, das ist doch sehr die Frage. Oder vielmehr: es ist keine Frage, daß es nicht richtig ist.



Die Handelspolitik unsers Jahrhunderts



In der Sitzung des Ausschusses des Vereins für Sozialpolitik vom 26. September 1890 — so berichtet Gustav Schmoller in der Vorrede zu den neuesten höchst verdienstlichen Veröffentlichungen des Vereins für Sozialpolitik*) — wurde auf eine schriftliche Anregung von Dr. von Miaskowski hin beschlossen, wenn es möglich sei, in einem Sammelbände die Entwicklung der Handelspolitik der wichtigeren Kulturstaaten in der letzten Zeit darzulegen. Man ging von der Ansicht aus, daß im Laufe der Jahre 1891 und 1892 keine volkswirtschaftliche Frage größere Bedeutung gewinnen werde, als die der am 1. Februar 1892 meist ablaufenden Handelsverträge, daß ein tieferes Verständnis der großen hierbei beteiligten Interessen, eine bessere Einsicht in die veränderten Ziele der Handelspolitik am ehesten durch eine solche möglichst objektive Erzählung der Zustände, Maßregeln und Strömungen in den einzelnen Ländern erreicht werde. Unter Leitung des Vorsitzenden traten einige Ausschußmitglieder mit Fachmännern der verschiedenen Staaten in Verbindung und gewannen für jeden Staat einen einheimischen

*) Die Handelspolitik Nordamerikas, Italiens, Österreichs, Belgiens, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Schweiz in den letzten Jahrzehnten, sowie die deutsche Handelsstatistik von 1880 bis 1890. Berichte und Gutachten, veröffentlicht vom Verein für Sozialpolitik. — Die Ideen der deutschen Handelspolitik von 1860 bis 1891 von Dr. Walther Loß, Honorarprofessor in München. (Band 49 und 50 der Schriften des Vereins für Sozialpolitik.) Leipzig, Duncker und Humblot, 1892.

Bearbeiter; nur Italien wurde von einem Deutschen behandelt, von Professor Werner Sombart, der das Land durch mehrjährigen Aufenthalt und eingehende Studien genau kennen gelernt hat. Indem von Übersetzung der in englischer und französischer Sprache geschriebnen Beiträge Abstand genommen wurde, konnten die beiden angezeigten Bände noch vor Ablauf des vorigen Jahres herausgegeben werden; ein letzter Band, der die Handelspolitik Englands, Frankreichs, Spaniens und der Balkanstaaten darstellen soll, wird noch im laufenden Jahre erscheinen. Da es nicht möglich ist, die Hauptergebnisse sämtlicher Abhandlungen in dem Rahmen eines Zeitschriftenaufsatzes zusammenzufassen, so wollen wir wenigstens die von dreien skizziren, und wir wählen dazu die Vereinigten Staaten, Italien und Deutschland.

1

Die Commercial Policy of the United States of America 1860—1890 haben Dr. Richmond Mayo-Smith und Dr. Edwin R. A. Seligman, Professoren der Nationalökonomie im Columbia-College zu Newyork, dargestellt. Die Abhandlung beginnt mit einem Rückblick auf die ältesten Zeiten Neuenglands. Die Handels- und Kolonialpolitik aller europäischen Staaten, heißt es hier, war so ziemlich dieselbe, und England „war in dieser Hinsicht nicht viel liberaler als Spanien oder Holland.“ Das Mutterland pflegte sich selbst das Recht zum Handelsverkehr mit seinen Kolonien ausschließlich vorzubehalten, und Lord Sheffield drückte seine und seiner Landsleute Meinung in den Worten aus: Der einzige Nutzen der englischen Kolonien besteht in dem Monopol Englands auf ihren Konsum und auf den Transport ihrer Erzeugnisse. Nach der Navigationsakte von 1651 durfte der Warenaufsatz zwischen den Kolonien unter einander, sowie zwischen ihnen und dem Mutterlande nur mit englischen Schiffen bewerkstelligt werden. Die Waren aber wurden in enumerated and non enumerated commodities eingeteilt. Erstere durften nur nach Großbritannien und nach andern englischen Kolonien ausgeführt werden. Den übrigen, den nicht besonders bezeichneten Waren, wurde die Ausfuhr nach beliebigen Ländern nicht beschränkt, nur durften sie auf keinen andern als englischen Schiffen verschickt werden. Die Rohproduktion, die bei der Größe und Fruchtbarkeit des dünn bevölkerten Landes ohnehin am nächsten lag, wurde noch durch Ausfuhrvergütungen auf Indigo, Hanf, Flachs, Rohseide, Bauholz, Faßdauben u. s. w. aufgemuntert, die keimende Industrie dagegen gewaltsam darniedergehalten; aufs strengste wurde die Ausfuhr von Garn und Wollgeweben, die Errichtung von Stahl- und Walzwerken verboten. So zwang man die Neuenglandstaaten, reine Ackerbaustaaten zu bleiben. Sobald sie sich frei gemacht hatten, öffneten sie ihre Häfen aller Welt, und schon während des Kampfes um ihre Unabhängigkeit beeiferten sie sich, allerhand Industrien ins Leben zu rufen. Die Zollerhebung blieb Sache der Einzelstaaten, und

einige von diesen verrieten sofort schutzöllnerische Neigungen. Der so ausbrechende Tarifkrieg zwischen den Bundesgliedern war es hauptsächlich, der zur Schöpfung jener Bundesverfassung drängte, die 1789 in Kraft trat und heute noch gilt. Bei der Aufstellung ihres ersten Tarifs ließ sich die nun fertige Union fast ausschließlich von der Rücksicht auf ihre Finanzen leiten. Sie brauchte Geld und belastete daher alle nicht besonders aufgezählten Waren mit einem Eingangszoll von fünf vom Hundert des Wertes, aufgezählt aber wurden nur wenig Artikel. In den Kriegen um die Wende des Jahrhunderts wurden die Handelsflotten Frankreichs, Spaniens und Hollands nahezu vernichtet, und diese Länder sahen sich nun für ihre Versorgung mit überseeischen Waren auf neutrale (nicht-englische) Flotten angewiesen, unter denen die der Vereinigten Staaten sehr bald den ersten Rang einnahm. Der ungeheure Gewinn, den unter diesen Umständen die Frachtschiffahrt brachte, lenkte die nordamerikanischen Kapitalien vorläufig noch von der Industrie ab. Aber die folgenden großen Kriege und namentlich Napoleons Sperrmaßregeln verminderten die Einfuhr von Industrieerzeugnissen in Nordamerika in dem Grade, daß sie dessen eigne Industrie rascher und stärker entwickelten, als es der höchste Schutzzoll vermocht hätte. Damit wuchs denn auch die Zahl derer, die am Industrieschutz interessiert waren, und diese erhoben ihn zum politischen Grundsatz, um zu erhalten und weiter zu fördern, was die Umstände geschaffen hatten.

Die nun beginnende Schutzzollperiode umfaßte den Zeitraum von 1816 bis 1846. Sie gipfelte in der Bill of Abominations von 1828. Die übertriebenen Zollsätze dieses Tarifs mußten jedoch einer nach dem andern dem Unwillen der Bevölkerung geopfert werden. Mit dem Präsidenten Polk kam im Jahre 1844 die demokratische Partei ans Ruder. Die südstaatlichen Sklavenshalter, die in dieser Partei ihre Vertreter fanden, hatten als Exporteure von Rohprodukten andre Interessen als die Großindustriellen und leiteten mit dem Tarif des genannten Jahres eine vierzehnjährige „sogenannte“ Freihandelsperiode ein; die Zölle wurden herabgesetzt, waren jedoch auch so noch hoch genug und brachten die Finanzverwaltung durch Überschüsse in Verlegenheit. Aber kaum hatte man dieser durch eine weitere Herabsetzung der Zölle im Jahre 1857 abgeholfen, so trat eine Krisis ein, die ein Defizit zur Folge hatte und die Vermehrung der Staatseinnahmen wünschenswert machte. Diese Gelegenheit benutzte die neue „republikanische“ Partei, die bei dieser Gelegenheit zugleich das industrielle Pennsylvanien für ihre gegen den Süden gerichteten Bestrebungen gewinnen konnte, um 1861 den Morrilltarif durchzubringen, der besonders dem Eisen und der Wolle einen hohen Zollschutz gewährte. Unmittelbar darauf brach der Sezessionskrieg aus, der noch in demselben Jahre eine weitere Erhöhung der Zölle zur Vermehrung der Staatseinnahmen bewirkte. Da diese nicht genügte, wurde 1862 eine Menge neuer Steuern eingeführt, darunter Steuern auf alle Arten von Industrieerzeugnissen, und um

die Industriellen für die ihnen auferlegte Last zu entschädigen, mußten die Eingangszölle abermals und zwar sehr bedeutend erhöht werden. So ging auch diese zweite Schutzollbewegung nicht aus Theorien und Grundsätzen hervor, sondern wiederum zwangen äußere Umstände dazu, aber diesmal gingen die im Drange der Not angenommenen schutzöllnerischen Gewohnheiten dem Volke in Fleisch und Blut über. So wenigstens stellen die Verfasser die Sache dar. Sollte aber nicht doch am Ende kapitalistische Berechnung von Anfang an mit im Spiele und die Zahl der Interessenten nur zu klein gewesen sein, sodaß sie ihre Absicht nicht hätten verwirklichen können, wenn ihnen der Krieg nicht zu Hilfe gekommen wäre, und sollte dies nicht gerade einer der Beweggründe zum Kriege gewesen sein?

Georg Hansen hat in seinem merkwürdigen Buche „Die drei Bevölkerungsstufen“ (vgl. Grenzboten von 1890, 2. Vierteljahr S. 331) folgende Ansicht aufgestellt. Die Nordamerikaner würden noch lange Zeit ein Bauernvolk geblieben sein, wenn sich nicht die wenigen Städter der Regierung bemächtigt und durch eine vom Standpunkte des Gemeinwohls aus kurzfristige Gesetzgebung eine großartige Industrie gewaltsam erzeugt hätten. „Das Interesse des Landes erforderte, daß sich der Überschuß der ländlichen Bevölkerung so gut wie die große Masse der Einwanderer auch ferner noch der Landwirtschaft zuwandte. Im Interesse des Mittelstandes [so nennt Hansen die wohlhabende Stadtbevölkerung] dagegen lag es, durch künstliche Mittel einen Arbeiterstand hervorzurufen, um sich mit Hilfe desselben durch Schaffung einer mächtigen Industrie die Quelle zu neuen Reichtümern zu eröffnen.“ Dieses Ziel sei nun in der Weise erreicht worden, daß man einerseits durch Schutz- und Prohibitivzölle die Industriewaren verteuerte, hierdurch sich in den Stand setzte, die Einwanderer durch hohe Löhne in die Fabriken zu locken, in den Städten fest- und vom Landkauf abzuhalten, andererseits durch großartige Landankäufe und Landverschleuderung, wie die Schenkungen an die Eisenbahnkönige, den Grund und Boden verteuerte und die Ansiedlung erschwerte. Daß dann, nachdem das Land weggegeben und das arbeitende Volk auf die Fabriken angewiesen ist, die Arbeitslöhne fallen, versteht sich von selbst. Die Auffassung Hansens ist umso wahrscheinlicher, als der Plan, der der innern Politik der Vereinigten Staaten bewußt oder unbewußt zu Grunde liegt, schon zu der Zeit, als Nordamerika noch englische Kolonie war, von dem Nationalökonomem Wakefield, den Marx in seinem „Kapital“ anführt, entwickelt worden ist. Wakefield beklagt die „Kapitalzersplitterung“ in den Kolonien als ein großes Unglück. Man finde dort keine andre Art Menschen als wohlgenährte, behäbige Bauern, denen es gar nicht einfallt, ihre Selbständigkeit preiszugeben und in die Fabrik zu gehen. Der Kapitalist sei dort wie verraten und verkauft. Einem Herrn, der Geld, Maschinen und Menschen mit nach Australien genommen habe, um dort Fabriken anzulegen, seien gleich nach der Ankunft

fämtliche Leute fortgelaufen; nicht einmal ein Bursche zu seiner persönlichen Bedienung sei ihm geblieben, sein Geld sei so gut wie nicht vorhanden gewesen. So könne es dort niemals zur „Kapitalbildung,“ zur Anhäufung von Kapitalien kommen. Erst wenn sich viele durch Not zu billiger Lohnarbeit gezwungen sehen, könne das Geld „Kapital“ werden. Man müsse daher auf das Kolonialland Beschlag legen, Grundstücke nur zu hohem Preise verkaufen, gleichzeitig englische Proletarier in die Kolonien transportiren und dort einen hungernden Arbeiterstand schaffen wie in England, dann werde die „beklagenswerte Zersplitterung des Kapitals“ ein Ende haben. Sollten diese Gedanken nicht fortgewirkt haben, wenn auch vielleicht halb unbewußt?

Der Tarif von 1864 wirkte zwar zunächst sehr fördernd, aber bald erfolgte ein Rückschlag, da die Vorteile des Zollschutzes die erhöhten Produktionskosten: Steuern und höhere Arbeitslöhne, nicht aufwogen. Doch richtete sich die Opposition natürlicherweise mehr gegen die hohen Steuern als gegen die hohen Zölle, und das Fabrikanteninteresse war mächtig genug, einige Jahre hindurch jede Tarifreform zu verhindern. Die erste sogenannte Reform im Jahre 1870 war nur Schein, denn nur die Zölle auf solche Waren, die keines Schutzes bedurften, wie Thee und Kaffee, wurden herabgesetzt. Eine im Jahre 1872 beschlossene Herabsetzung der Zölle um zehn Prozent wurde bald darauf aus finanziellen Gründen wieder rückgängig gemacht. Auch die Verhandlungen von 1882 und 1883 endigten mit einem Siege der Protektionisten; und ihr Ergebnis lief wieder auf eine Scheinreform zur Beschwichtigung der öffentlichen Meinung hinaus. Im Jahre 1887 nahm Präsident Cleveland die Tarifreform ins demokratische Programm auf und machte sie so zur Wahlparole für die Präsidentschaftskampagne von 1888. Seitdem ist die Zollpolitik das Hauptunterscheidungszeichen der beiden großen politischen Parteien geblieben: der Protektionismus steht und fällt mit der Republikanerpartei. Da die längst mündig und mächtig gewordne nordamerikanische Industrie unmöglich mehr als ein des Schutzes bedürftiges Kindlein dargestellt werden konnte, so gingen die Republikaner zu einer andern Begründungsweise über; sie erklärten von nun an, der amerikanische Arbeiter müsse vor den niedrigen Löhnen geschützt werden, an denen der europäische leide. Wenn dieses Argument aufrichtig gemeint wäre, so würde es die amerikanischen Großindustriellen von dem Verdachte des oben beschriebnen Wakefeldismus reinigen, aber wer vermöchte wohl herauszubekommen, ob und wie weit eine politische Partei aufrichtig ist? Die Republikaner gingen nun frisch zum Angriff über und forderten sogar Erhöhung der Schutzzölle; der Verlegenheit beständiger Überschüsse könne zuerst durch Steuerermäßigung, sodann durch Herabsetzung der Finanzzölle vorgebeugt werden. Der Senatsbill, die diesen Forderungen nachkam, setzte zwar Roger Mills seine „finstre Laternenbill“ entgegen — von den Industriellen so genannt, weil sie nicht befragt worden waren —, allein

in der laufenden Session wurde keine der beiden Bills Gesetz, und nach dem Siege der Republikaner bei der Präsidentschaftswahl gelang es den Schutzzöllnern, die wiedereingebrachte Senatsbill unter dem weltbekannten Namen Mac Kinleybill durchzudrücken; am 1. Oktober 1890 erlangte dieser berichtigte Tarif Gesetzeskraft. Seine Neuerungen können in fünf Klassen geschieden werden. 1. Herabsetzung der Zölle auf Zucker und einige Waren zur Verminderung des Überschusses. 2. Erhöhung der Zölle auf Wolle, Wollwaren, Baumwollenwaren, Glas- und Töpferwaren u. s. w. zum Schutze der betreffenden Industrien. 3. Herabsetzung der Zölle in solchen Industrien, die, wie die Eisen- und Stahlindustrie, keine Konkurrenz mehr zu fürchten haben. 4. Zollerhöhungen zu dem Zweck, neue Industrien ins Leben zu rufen; dahin gehört z. B. der Zoll auf Zinngeschirr. 5. Zollerhöhungen aus politischen Rücksichten; damit sind die Zölle auf die landwirtschaftlichen Erzeugnisse und auf Tabak gemeint. Die Farmer der nördlichen Staaten stimmen zwar, wie die Bevölkerung des Nordens im allgemeinen, meist republikanisch, aber sie fangen doch schon an, über die Verteuerung aller Gebrauchsgegenstände, die sie kaufen müssen, zu klagen und behaupten, daß die Gesetzgebungsmaschine im einseitigen Interesse der Großindustriellen und sonstigen Kapitalisten arbeite. Zu ihrer Beschwichtigung wurden in den Tarif auch agrarische Zölle aufgenommen, die selbstverständlich in einem getreideausführenden Lande wenig zu bedeuten haben. Nur die Farmer an der Grenze, denen die kanadischen Gutsbesitzer Konkurrenz machen, haben einen kleinen Vorteil davon. Und um sich die schwankenden Wähler von Connecticut zu sichern, hat man den dortigen Tabakbauern einen Zoll bewilligt, der den amerikanischen Raucher zwingt, Cigarren mit dem schlechten Connecticutdeckblatt zu rauchen, während er früher Cigarren mit Sumatradeckblatt bekam.

Die Verfasser schließen ihre geschichtliche Übersicht der Entwicklung der nordamerikanischen Zollpolitik mit der Bemerkung: „Der Tarif ist ein Werk der herrschenden Republikanerpartei, die fester als je an den Schutzzoll glaubt. Mit Stolz weist sie auf das fabelhafte Wachstum der amerikanischen Industrie hin und behauptet, nur bei fortdauerndem Zollschutz könne der hohe standard of life des amerikanischen Arbeiters aufrecht erhalten werden und könne die amerikanische Nation ihre offenbare Bestimmung erfüllen. Eine Änderung wird, wenn überhaupt, nur sehr allmählich und stückweise vor sich gehen.“

Ein zweiter Teil stellt die „allgemeine Handelspolitik der Vereinigten Staaten“ dar, ihr Verhalten in Beziehung auf Handelsverträge (die Union ist solchen grundsätzlich abgeneigt), auf Zollverwaltung, Einwanderung, Abzahlung der Staatsschulden u. s. w. Über die Silberfrage wird gesagt, die Träger der Bewegung für freie Silberprägung seien einerseits die Silberminenbesitzer und andererseits die stark verschuldeten Farmer der West- und Südstaaten, die (wie unsre deutschen Agrarier) ihre Grundschulden gern in Silber

abzahlen, d. h. ihre Gläubiger um einen Teil der Forderung bringen möchten. Die freie Silberausprägung würde das Gold aus der Union vertreiben und die in Europa untergebrachten amerikanischen Effekten entwerten.

Aus der angefügten Statistik ersieht man, daß die Union im Jahre 1889 für 810497603 Dollars Waren ausgeführt hat, nämlich für 591607102 Dollars Bodenerzeugnisse, für 138675507 Dollars Industrieerzeugnisse und 80214994 Dollars einheimisches Gold und Silber. Sie ist also, zum Glück für ihre Bewohner, trotz aller zur künstlichen Züchtung der Industrie gemachten fieberhaften Anstrengungen, bis zum heutigen Tage ein Ackerbaustaat geblieben; der Wert der ausgeführten landwirtschaftlichen Erzeugnisse betrug 532141490 Dollars, die übrigen Bodenprodukte verteilen sich auf Bergbau, Waldwirtschaft und Fischerei. Eingeführt wurden in den zwölf Monaten des Jahres vom 30. Juni 1889 bis zum 30. Juni 1890 für 789310409 Dollars Waren. Die Handelsbilanz würde also passiv sein, wenn die Vereinigten Staaten ihr Gold und Silber im Auslande kaufen müßten. Die Hauptmasse der Einfuhr bilden in erster Linie Kaffee, Zucker, Thee und ähnliche Genußmittel, sodann Rohstoffe für die Industrie und endlich halbfertige und fertige Industrieerzeugnisse. (Die Einfuhr der letzten Klasse dürfte sich seitdem unter der Einwirkung des Mac Kinley-Tarifs vermindert haben.) Die Verfasser bemerken, kein Mensch vermöge zu sagen, wie sich die Einfuhr bei völliger Zollfreiheit gestaltet haben würde. Zweifelhaft sei auch, ob die Fabrikanten durch den Zollschutz mehr gewönnen, als sie durch die Verteuerung der ebenfalls hoch zu verzollenden Rohmaterialien verlieren, nicht zu reden vom Konsumenten, der schließlich beide Arten von Zoll trage.

Ein letztes Kapitel ist dem internationalen amerikanischen Kongreß gewidmet, der auf Betreiben des Staatssekretärs Blaine in den Tagen vom 20. Oktober 1889 ab in Washington verhandelt hat. Dieser Kongreß sollte eine Zollunion sämtlicher amerikanischen Staaten, sowie ein allen gemeinsames Münz-, Maß- und Gewichtssystem und Patent- und Markenschutzrecht zustande bringen. Er verlief aber, wie vorauszusehn war, schon deshalb ergebnislos, weil sich der Protektionismus der Vereinigten Staaten und die Unionsbestrebungen zu einander wie Feuer und Wasser verhalten. Vorläufig also sorgen die Amerikaner selbst dafür, daß die Losung „Amerika für die Amerikaner“ nicht auch noch durch ein Bündnis aller amerikanischen Staaten ihrer Verwirklichung näher geführt werde. Möchten sich das die europäischen Regierungen zu nutze machen! Möchten sie es verstehn, zwischen den Norden und den Süden des schönen Weltteils einen Keil zu treiben und wenigstens für den Süden die Losung durchsetzen: Amerika für die Europäer! Aus Europa hat Amerika alle Kulturgüter empfangen, deren es sich erfreut, darum haben wir Europäer Anspruch auf den Mitgenuß seiner Naturschätze. Wird Europa geduldig und unthätig zusehn, wie einige wenige von seinen Kindern, und nicht

die besten, zum Teil wilde Abenteurer und Spitzbuben, den neuen Erdteil mit ihrer Raubwirtschaft ausbeuten, seine Wälder verwüsten, seine Ströme versanden lassen, seine Viehherden vernichten und dann, wenn es dort für seine überschüssigen Arbeitserzeugnisse Absatz und für seine überzähligen Kinder Boden begehrt, es sich gefallen lassen, daß ihm die Thür vor der Nase zugeschlagen wird?

2

Wir wenden uns nun zu Italien. „Zweimal während der letzten Jahrhunderte, sagt Werner Sombart in der einleitenden Vorgeschichte der neuern Handelspolitik Italiens, hat dieses Land, auch darin den deutschen Ländern ähnelnd, geduldig anschauen müssen, wie große Umwandlungen im wirtschaftlichen Leben, technische und ökonomische Errungenschaften, deren Ausbeutung ihm vor allem auch gebührt hätte, von andern mächtigeren Nationen allein zu ihrem Vorteile ausgenutzt wurden, weil diese ein gnädigeres Geschick befähigt hatte, durch nationale Einigung gewonnene politische Macht in die Waagschale zu werfen, dieweil die italienischen Stämme, vom Ehrgeiz der Fremden aufgereizt, in fruchtlosen Fehden ihre beste Kraft vergeuden sollten.“ Diesem Satze scheinen zwei falsche Vorstellungen zu Grunde zu liegen. Mit der einen, daß die Vorkehrung gegen die Engländer gnädiger gewesen sei als gegen die Italiener, wollen wir uns später beschäftigen. Die andre besteht darin, daß ein Zustand als möglich vorausgesetzt wird, wo alle Nationen Europas gleich stark, gleich klug, gleich mächtig und in demselben Grade reich wären, und zwar reich nicht durch die Ausbeutung des eignen Landes, sondern fremder Länder. Diese Voraussetzung ist offenbar falsch. Wären Frankreich und Spanien so klug und seetüchtig wie England, Deutschland und Italien so geeint und nach außen mächtig wie England, alle vier Länder so industriell wie England gewesen, dann hätte nicht nur England nicht werden können, was es geworden ist, sondern die fünf Nationen würden sich in einem mit materiellen Waffen geführten wütenden Konkurrenzkampfe verblutet haben.

In Deutschland, heißt es weiter, „war es doch Preußen, das mit einem leidlichen Besitze den Mindestanforderungen des modernen Verkehrs genügen konnte. Italien dagegen war ganz und gar in Stücke aufgelöst; bei der eigentümlichen Struktur des Landes reichten die sieben selbständigen, quer geschichteten Staaten durchaus hin, um jede Regung eines national-italienischen Wirtschaftslebens zu unterbinden.“ Da hier das „nationale Wirtschaftsleben“ als ein unbedingt erstrebenswertes Gut erscheint, so wollen wir doch nicht ganz unterlassen, auf seine Schattenseite hinzuweisen. Diese besteht darin, daß in Deutschland z. B. eine sogenannte blühende Industrie, die eine winzige Anzahl von Unternehmern bereichert, wie die Zuckerfabrikation, die ländliche Arbeiterbevölkerung von einem ganzen Drittel des deutschen Reichs mobilisieren und von der heimischen Scholle wegreißen kann, daß ein und derselbe Börsen-

schwindler alle Schafe eines großen Reichs scheeren kann, daß jeder Privatmensch in jedem verborgnen Winkel von den Stößen unmittelbar getroffen wird, die der Weltverkehr von den großen Weltveränderungen erleidet. Damit wollen wir natürlich den Zustand Italiens vor 1859 weder gelobt noch empfohlen haben, wo, wie Sombart anführt, die Kaufmannswaren zwischen Florenz und Mailand acht, zwischen Bologna und Lucca sieben Zollstätten zu passieren hatten. Die Begräumung aller Verkehrshindernisse im Innern des Landes wird ohne Zweifel von allen Italienern, die den alten Zustand noch gekannt haben, als eine große Wohlthat empfunden. Was das Verhältnis zum Auslande anlangt, so hat Cavour seine piemontesische Politik auch in dieser Beziehung auf das geeinte Italien übertragen; sein Programm: gemäßigter Freihandel und Anschluß an Frankreich, ist die Grundlage der italienischen Handelspolitik bis ans Ende der siebziger Jahre geblieben; der Handelsvertrag mit Frankreich wurde am 17. Januar 1863 abgeschlossen. Sombart glaubt nicht, daß diese Politik dem Lande zum Heile gewesen sei. Die Beweggründe zu ihrer Annahme seien nicht den Bedürfnissen der italienischen Volkswirtschaft entsprungen, sondern von außen geholt worden: aus der Politik und aus dem doktrinären Liberalismus; was dem piemontesischen Staate nützlich gewesen war, mußte, meint Sombart, darum noch nicht für das Königreich Italien taugen. Ebenso wenig ging dann später die Abkehr vom Freihandel aus der Natur der Sache hervor; die schlechten Finanzen waren es, die zur Schwenkung zwangen. Der Staat brauchte Geld, und die ausländischen Waren, mit denen seit der Begräumung der Zollschranken das Land überschwenmt wurde, und an die sich die Bevölkerung gewöhnt hatte, boten sich als viel versprechende Einnahmequelle dar. Im Jahre 1875 ward der Handelsvertrag mit Frankreich gekündigt und 1878 ein neuer, vorzugsweise für die Bedürfnisse des Fiskus zugeschnittener Tarif eingeführt. Der nun beginnende Tarifkrieg mit Frankreich führte noch einmal zu einem kurzen Frieden, der durch den Handelsvertrag von 1881 abgeschlossen wurde. Mittlerweile aber war neben dem fiskalischen Interesse auch das volkswirtschaftliche wach geworden, und die schnell erstarkte schutzzöllnerische Strömung fand in dem Gesetz vom 6. Juli 1883 ihren Ausdruck, das eine Untersuchung der Lage der Landwirtschaft und der Gewerbe anordnete und die Regierung verpflichtete, spätestens am 1. Januar 1887 einen neuen Tarifentwurf vorzulegen. Die Gutachten der beiden Enquetekommissionen tauschten die auf sie gesetzten Erwartungen. Die agrarische sprach sich mit dünnen Worten gegen den Zollschutz aus; daß unter den Gründen der Ablehnung die Volksernährung keine Rolle spielte, finden wir ganz natürlich, da ja die moderne Politik nur Finanzen, Landwirtschaft, Industrie und andre Abstrakta kennt, nicht aber das Volk und die lebendigen Menschen, aus denen es besteht. Die Industriekommission gestand zwar die Zulässigkeit des Zollschutzes grundsätzlich zu, riet aber zur größten

Vorsicht bei Beantwortung der Frage, in welchem Maße das bedenkliche Heilmittel dem volkswirtschaftlichen Körper zugeführt werden solle. Die Kammermehrheit kümmerte sich nicht um diese Abmahnungen und Warnungen und machte bis zum 14. Juli 1887 einen schutzzöllnerischen Tarif fertig, der am 1. Januar 1888 in Kraft trat und den Handelsverträgen, die Italien in dieser Zeit mit Österreich und der Schweiz abschloß, zu Grunde gelegt wurde. Mit Frankreich wurde kein neuer Vertrag geschlossen; vielmehr schlug das innige Freundschaftsbündnis, das beinahe zwei Jahrzehnte hindurch beide Staaten fast zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiete verschmolzen hatte, in erbitterte Feindschaft um, da ja gleichzeitig auch in Frankreich der schutzzöllnerische Paroxysmus seinen Höhepunkt erreichte und zu unfreundlichen Maßregeln gegen Italien verleitete. Welche Rolle dabei außerdem der politische Stellungswechsel Italiens gespielt hat, ist hinlänglich bekannt. Italien, bemerkt Sombart, „ist in dem ungleichen Kampfe wenn nicht unterlegen, so [doch] auf das äußerste geschwächt [worden]. Es hat wohl ausdrücken wollen, daß seine Kräfte erschöpft seien, als es einseitig, ohne ein gleiches von Frankreich zu erlangen, durch Gesetz vom 25. Dezember 1889, also nach mehr denn andert-halbjährigem Kampfe, die Retorsionszölle gegen Frankreich aufhob, hoffend, damit den grausamen Nachbar zur Nachgiebigkeit gleichfalls zu bewegen. Zur Zeit ist der Generalzolltarif gegen Frankreich in Geltung; dadurch sind diejenigen Nationen, welche mit Italien nur Meistbegünstigungsverträge abgeschlossen haben, also namentlich England und Deutschland, wesentlich auf die Vergünstigungen angewiesen, die seitens (!) Italien Österreich und der Schweiz gewährt worden sind.“ Diesem Zustande haben, was Deutschland anbetrifft, die Handelsverträge dieses Jahres ein Ende gemacht.

(Schluß folgt)



Zolas Kriegsroman La Débâcle



Das Wörterbuch der französischen Akademie giebt zu dem Worte débâcle folgende Erklärung: rupture, ordinairement subite, de la glace qui couvrait une rivière, et qui se partage alors en glaçons dont la descente est plus ou moins rapide. Il se dit, figurément et familièrement, de tout changement brusque et inattendu qui amène du désordre, de la confusion. Der Titel heißt also auf deutsch: Der Eisgang, und man muß gestehen, daß dieses Bild für einen französischen Roman, der den Krieg von 1870 und 1871 behandelt, außer-